FU Berlin gegen Flüchtlingsunterkunft: Streit um Uni-Grundstück

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Widersprüche zwischen Senat und Uni führen zu Kontroversen. Wie geht es weiter? #Flüchtlinge #Berlin #Proteste

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem soll laut den Senatsplänen bald als Containerdorf für 260 Flüchtlinge genutzt werden. Dies stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere an der Freien Universität (FU) Berlin, da diese eigentlich dort ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Der Präsident der FU, Günter Ziegler, gab an, von den Senatsplänen aus der Zeitung erfahren zu haben und betonte, dass die Hochschulleitung dieser Maßnahme nicht zugestimmt habe. Die Uni fühlt sich übergangen, obwohl sie betont, prinzipiell bereit zu sein, geflüchtete Menschen nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

Die FU hatte bereits zuvor temporäre Unterstützung bei der Unterbringung von Geflüchteten geleistet, allerdings darauf hingewiesen, dass das betreffende Grundstück nach 2023 dringend für eigene Baumaßnahmen benötigt wird. Die Universität schlägt vor, andere leerstehende Gebäude in der Nähe als Unterkünfte zu nutzen, während das Unigelände für geplante Bauprojekte reserviert bleibt. Derzeit stehen keine alternativen Flächen auf dem Universitätsgelände zur Verfügung.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, betont, dass solange das Grundstück ungenutzt bleibt, Flüchtlinge dort untergebracht werden könnten. Ende

März wurden 16 zusätzliche Containerdörfer beschlossen, doch es zeigt sich, dass noch weitere Standorte notwendig sind. Die geplanten Standorte konzentrieren sich hauptsächlich auf den Ostteil Berlins, was zu einer Verschärfung des Ungleichgewichts in der Verteilung von Flüchtlingen führt. Trotz des Bedarfs an weiteren Unterbringungsmöglichkeiten gibt es in einigen Stadtteilen, darunter Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf, Widerstand gegen die Errichtung von Containerdörfern.

Die Diskussionen und Proteste rund um die geplanten Flüchtlingsunterkünfte lösen Spott und Ärger aus, insbesondere in den sozialen Medien. Kritik wird an der FU geübt, die als sonst weltoffen geltende Universität, sich gegen die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Unigelände ausgesprochen hat. Kritiker werfen der FU vor, ihre progressive Fassade zu verlieren, wenn es um konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von Geflüchteten geht.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de